

Antrag

des Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

Hat die Landesregierung eine Ministerin für Wirtschaft, aber nicht für gute Arbeit?

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob es zutrifft, dass der Bundesrat am 11. Juli 2025 einen Antrag zur Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung und des Betriebsverfassungsgesetzes beschlossen hat, Baden-Württemberg sich hierzu jedoch enthalten hat;
2. welche Gründe ggf. ausschlaggebend waren, einer Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung und des Betriebsverfassungsgesetzes nicht zuzustimmen, und ob hierüber in der Landesregierung Einigkeit bestand;
3. inwieweit die Wirtschaftsministerin die Position der gesamten Landesregierung vertritt, wenn sie zur Entscheidung der Mindestlohnkommission, den Mindestlohn zu erhöhen, sagt: „Ob die nun getroffene Entscheidung in dieser wirtschaftlichen Lage weiterhilft, darf aber bezweifelt werden.“ (vgl. Pressemitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus vom 27. Juni 2025);
4. inwieweit die Wirtschaftsministerin die Position der gesamten Landesregierung vertritt, wenn sie zur Vorlage des Entwurfs des Tariftreuegesetzes durch den Bund sagt: „In der aktuellen Phase einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung wäre das Gesetzesvorhaben kontraproduktiv.“ (vgl. Pressemitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus vom 24. Juli 2025);
5. wie sich die Landesregierung zur Kritik des Landesvorsitzenden des DGB verhält, der darauf verwies, dass im Koalitionsvertrag auf Landesebene der Anspruch formuliert sei, Musterland für gute Arbeit werden zu wollen, wozu auch eine höhere Tarifbindung gehöre, jedoch seien „außer schönen Worten (...) keine Maßnahmen passiert“ (vgl. Stuttgarter Zeitung vom 6. August 2025).

30.9.2025

Dr. Weirauch, Dr. Fulst-Blei, Wahl, Fink, Rivoir SPD

Begründung

Schon vielfach wurde nach Auffassung der Antragsteller deutlich, dass Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL nicht daran gelegen ist, für die Interessen der Beschäftigten im Land einzutreten, obwohl sie für den gesamten Themenbereich von Wirtschaft und Arbeit zuständig ist. Zuletzt verschärfte sie ihre Angriffe auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weshalb sich die Frage stellt, inwieweit sie hierbei die Position der gesamten Landesregierung vertritt. Zu klären ist auch, wie es dazu kam, dass die Landesregierung aktiv versucht hat, eine Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung zu verhindern, indem sie einem diesbezüglichen Antrag im Bundesrat im Juli 2025 nicht zugestimmt hat. Die SPD-Landtagsfraktion ist der festen Überzeugung, dass die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg nur im Schulterschluss von Unternehmen, Beschäftigten und Gewerkschaften gelingt, ohne einseitig Stimmung zu machen und ohne „Rezepte von gestern, die die Beschäftigten zu Sündenböcken machen“ (vgl. DGB-Landeschef in der Stuttgarter Zeitung vom 6. August 2025). Ob die Landesregierung diese Auffassung teilt, soll mit dem vorliegenden Antrag thematisiert werden.